



Deutschland lahmgelegt und Bayern im Umbruch

Der Jahresbeginn verheißt für den Freistaat nicht nur Gutes

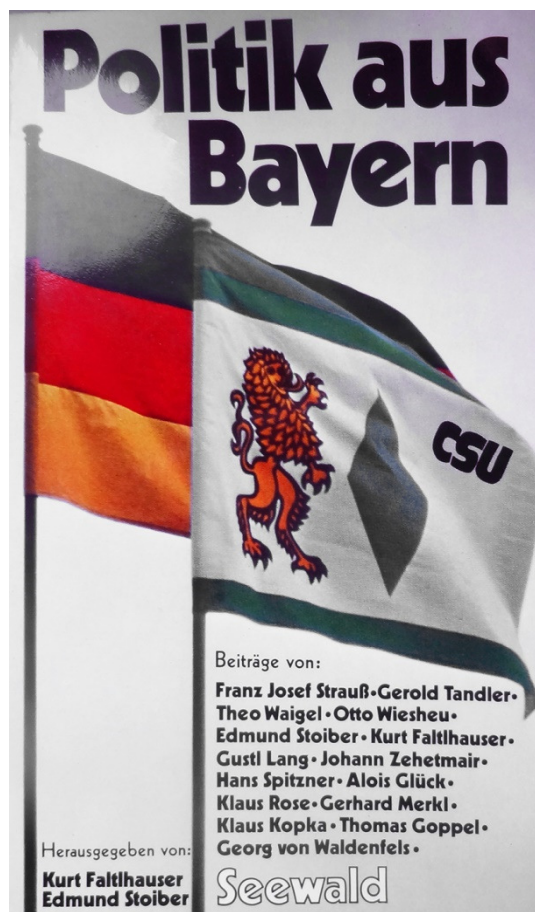
Die erste Klausurtagung bayerischer Politiker im neuen Jahr ist geschafft. Am Kloster Seeon, dem offiziellen Bildungszentrum des Regierungsbezirks Oberbayern, lag es nicht, wenn das mediale Echo durchwachsen ausfiel. Eher sorgten die unterschiedlichen Signale für das Ergebnis. Das fing schon an mit dem Widerspruch in sich: „konservative Revolution“.

Denn konservativ bedeutet „bewahren“ und nicht „revolutionieren“. Oder meinte Alexander Dobrindt, der neue Chefstrategie, eine Revolution der Konservativen, ähnlich jener Revolution der Mullahs oder der Breitbartisten? Er wolle die sozialistische Mottenkiste beiseiteschaffen und die 68er-Revolution rückgängig machen, schob er nach.

„Wir werden alles tun, dass es zu vernünftigen Vereinbarungen kommt“, verlautete hingegen CSU-Chef Horst Seehofer im Hinblick auf den Blockierungszustand in Berlin. Das klingt zahmer als bei Dobrindt, bedeutet aber auch, dass es (weiterhin) keine echte Bundesregierung

gibt, wenn man mindestens Teilen des möglichen Koalitionspartners den sozialistischen Vampir-Mantel überstreift. Dass Alexander Dobrindt schon Mitglied einer schwarz-roten Bundesregierung war, muss man vergessen – das war nämlich Dobrindts Double.

Bekanntlich kommt es aber nie so, wie es die CSU bei ihren Klausurtagungen ankündigt. Nicht einmal die revolutionäre Trennung von der CDU, wie sie 1976 in Wildbad Kreuth großzügig beschlossen wurde, trat ein. Was heißt das? Vergessen Sie die Revolution der Konservativen. Auch sie können nicht zurück zum „Muff unter den Talaren wie vor Hunderten von Jahren“, wie die Studenten in den 1960ern skandierte. Die Konservativen in der CSU müssen erst einmal erklären, was sie wirklich wollen. Es gibt keine klare Definition von „konservativ“. In Wirklichkeit werkelt die CSU weiter, schickt sich an, alle Finanzwünsche des Volks zu erfüllen, zum Beispiel die Streichung der Straßenerschließungskosten, und schießt verbal gegen Ausländer und Flüchtlinge. Einziges Ziel ist die



Schon immer ein Markenzeichen, 1976 wie heute

Landtagswahl im Herbst. Aber hat die CSU jetzt tatsächlich eine bessere Ausgangslage als im November 2017, als man nahe an der Jamaika-Koalition stand?

Das Dilemma Bayern gegen den Bund

Betätigt sich die CSU, immer noch in Alleinregierung, strikt nach der bayerischen Verfassung, dann muss sie alles tun, um Schaden für Bayern abzuwenden und als Glied der Bundesrepublik Deutschland nur das zu akzeptieren, was die stille Souveränität Bayerns beflügelt. Dagegen hat die bayerische Staatsregierung natürlich gelegentlich verstoßen, bei den Gemeinschaftsaufgaben unter Strauß (Hochschulbau oder Wirtschaftsstruktur), bei der „Schuldenbremse“ oder bei der Einrichtung einer bundgesteuerten Autobahngesellschaft (im Rahmen Bund-Länder-Finanzausgleich) unter Seehofer. Stets ging ein Stück bayerischer Souveränität verloren – doch dem Volk fiel es nicht auf. Die bayerischen Politiker nutzten ja ihre verbale Keule: „Wir gegen die in Bonn oder in Berlin“. Der Rest der Republik schaute mehr oder weniger entgeistert zu.

Im Jahr 2018 passt es den Bayern aber überhaupt nicht in den Kram, auch nur im Geringsten mit denen da in Berlin koalieren zu müssen. Da wird selbst die CDU zum Gegner, die SPD sowieso – nur die AfD nicht. Im Gegenteil: Aussagen von AfD-Chef Alexander Gauland („Wir holen uns unser Land zurück“) und Alexander Dobrindt („Wir holen uns das durch die 68er zerstörte Land zurück“) zielen auf die gleiche Wählerschaft, einerseits in Abwehr gegen Ausländer, andererseits in Abwehr gegen nichtkonservative Inländer. Eine erneute Koalition der CSU mit der „sozialdemokratisierten CDU“ und der „Alt-68er-Partei SPD“ ist der Horror. Einziger Ausweg? Weitere Verzögerung der Berliner Regierungsbildung, also Lahmlegung der Republik bei Stärkung der Festung Bayern.

Der Freistaat Bayern wird natürlich inzwischen umgekrempelt. Das fängt oben an, beim Ministerpräsidenten, und kommt unten an, beim neuen Netzwerk von Dobrindt und Söder. Welche Rolle ist dem jetzigen Parteivize Manfred Weber zugebilligt? In Seeon durfte er den Vorspann zum Gespräch mit Viktor Orban liefern, dessen Einladung zur CSU einerseits verteidigen, dessen Behandlung von Flüchtlingen andererseits kritisieren. Ist das die Vorstufe zum neuen CSU-Parteivorsitzenden oder eher die Weiche zum Abstellgleis? Denn dass auch Horst Seehofer nur mehr auf Abruf steht, ist klar. Das erwähnte Netzwerk zieht die Fäden längst enger und in den Spinnweben könnte auch Weber die Bewegungsfreiheit verlieren. Die anstehende Klausur der CSU-Landtagsfraktion wird zusätzliche Einblicke gewähren. Im Übrigen ist Orban auch deshalb in München so beliebt, weil er Vorbild ist: er gegen Europa, München gegen Berlin.

Machtsicherung früher und heute

Vielleicht ist es nicht allen aufgefallen. Vor der Machtentscheidung zwischen dem Oberbayern Horst Seehofer und dem Mittelfranken Markus Söder hatte die CSU München interessante Pflöcke gesetzt. Der Nürnberger Söder konnte sich auf die Münchner verlassen. Diese agierten heftig wie kaum jemand gegen ihren oberbayerischen Landsmann, bis dieser endlich Platz auf dem Ministerpräsidentensessel machte.

Da wurde wohl eine alte Tradition wiederbelebt. Schon in den 1960er Jahren hatten die Strategen aus beiden Städten erkannt, dass sie eine Achse bilden müssen, um Erfolg zumindest

bei Nominierungen zu haben. Karl Schäfer und Oscar Schneider aus Nürnberg, unterstützt von Schlitzohr Richard Stücklen aus Weißenburg, verließen sich auf Erich Kiesel, Hans Jonny Klein und Erich Riedl aus München. Die Plätze auf der CSU-Liste für den Deutschen Bundestag waren 1969 und auch später abgesichert. Schon vorher hatte der Münchner Bezirksvorsitzende Josef Müller („Ochsensepp“), der aus Oberfranken stammte, die bayerisch-fränkische Achse geölt.

Welche und ob überhaupt Münchner Landtagsabgeordnete in das erste Kabinett Söder berufen werden, ist natürlich noch geheim. Der Regierungschef muss dazu einen erweiterten Proporz berücksichtigen, weil traditionell alle bayerischen Bezirke repräsentiert sein wollen – wäre das nicht so, würden nicht bloß die Parteigliederungen protestieren, sondern auch die regionalen Medienfürsten. Doch treue Dienste wurden einst schon bei Kaiser Barbarossa belohnt – er machte seinen rauflustigen Günstling Otto von Wittelsbach zum Herzog in Bayern (1180). Da haben die Münchner also alle Chancen.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de